

Thorner Zeitung.



Begründet 1760.

Erscheint wöchentlich sechs Mal abends mit Ausnahme des Montags.
Kl. Beilage: „Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Wertjährlicher Abonnement-Preis: Bei Abholung aus der Expedition und den Depots 1,50 Mark. Bei Befüllung frei ins Haus in Thorner Vorstadt, Roder und Podgorz 2 Mark. Bei sämtlichen Postanstalten des deutschen Reiches (ohne Bezahlung) 1,50 Mark.

Anzeigen-Preis:
Die 5-gesparte Seite oder deren Raum 10 Pfennig.

Ausnahme bei der Expedition bis 2 Uhr und Walter Kambeck
Buchhandlung, Breitestraße 6, bis 1 Uhr Mittags.

Auswärts bei allen Annonsen-Expeditionen.

Redaktion und Expedition, Bäckerstr. 89.
Fernsprech-Anschluß Nr. 75.

Mr. 16

1899

Donnerstag, den 19. Januar

Der Entwurf zum Preußischen Staatshaushaltsetat für 1899

Ist in Einnahme und Ausgabe auf 2 326 327 348 M. festgesetzt. Von den Ausgaben entfallen 2 187 175 538 M. auf das Ordinariuim und 139 151 810 M. auf das Extraordinarium. Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Staatsjahr ergeben diejenigen für 1899 bei den Einnahmen ein Mehr von 138 799 964 M., bei den Ausgaben einen gleichen Mehrbetrag, von welchem auf das Ordinariuim 131 284 158 M., auf das Extraordinarium 7 515 806 M. entfallen.

Bei den staatlichen Betriebsverwaltungen ist im Ordinariuim ein Mehrüberschuss von 39,2 Millionen veranschlagt, wobei zu bemerken ist, daß bei allen den Betriebs- als den übrigen Verwaltungen den vorschlagenen Mehrbedarf für 1899 noch derjenige Betrag hinzuzurechnen ist, welcher auf die einzelnen Verwaltungen von dem für 1899 im Statut des Finanzministeriums ausgebrachten Betrage von insgesamt 12,3 Millionen zu Diensteinkommen verbessert wird für Unterbeamte und einzelne Kategorien von mittleren Beamten entfällt.

Von den Mehrüberschüssen bei den Betriebsverwaltungen entfallen 15,2 Millionen auf die Eisenbahnverwaltung, deren Einnahmen um 76,2 Millionen höher veranschlagt sind, namentlich um 24,5 Millionen bei dem Personen- und um 47,9 Millionen bei dem Güterverkehr. Der Mehrüberschuss bei der Verwaltung der direkten Steuern ist auf 12,3 Millionen, darunter 12 Millionen aus der Einkommensteuer veranschlagt, bei der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung auf 5 Millionen, bei der Forstverwaltung auf 3,9 Millionen, bei der Verwaltung der indirekten Steuern auf 3,5 Millionen. Ein Minderüberschuss von 0,7 Millionen ergibt sich bei der Domänenverwaltung, bei welcher namentlich eine Mindererinnahme von nahezu 400 000 M. infolge der beabsichtigten Übertragung der Nutzung des Bernsteinmonopols auf die Handels- und Gewerbeverwaltung, ferner ein Mindererinnahme von 135 878 M. an Ertrag von Domänenvorwerken veranschlagt ist.

Die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung wiesen im Ordinariuim einen Mehrbedarf von 3 Millionen auf. Bei der Verwaltung der öffentlichen Schulden berechnet sich der Mehrbedarf auf 3,8 Millionen, für beide Häuser des Landtages namentlich infolge der längeren Dauer der Sessonen auf 0,4 Millionen; bei der allgemeinen Finanzverwaltung ergibt sich ein Minderbedarf von 1,2 Millionen.

Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen sind Mehreinnahmen von insgesamt 7,7 Millionen in Ansatz gebracht, jedoch handelt es sich hierbei zum größeren Theile um Mehraufzäge, welche sich nur infolge der Anwendung des Grundzuges der Brutto Statistik auf die Einnahmen und Ausgaben der Gefängnisse und der Strafanstalten ergeben und bilden demnach entsprechende Mehraufzäge bei den Ausgaben gegenüberstehen. Bei der Handels- und Gewerbeverwaltung sind 1,7 Millionen Mehreinnahmen aus der Nutzung der Bernsteinwerke veranschlagt, denen indessen 1 Million Mehrausgaben aus demselben Anlaß gegenüberstehen.

Die dauernden Ausgaben der eigentlichen Staatsverwaltungen erhöhen sich um insgesamt 36,5 Millionen. Auf das Finanzministerium entfallen davon 16,7 Millionen, worunter 12,3 Millionen für die Einkommenverbesserungen der Beamten, auf die allgemeine Bauverwaltung 1,4 Millionen, worunter 0,7 Millionen infolge der Übernahme der Kosten für Verwaltung und Unterhaltung des Dortmund-Ems-Kanals, auf die Handels-

und Gewerbeverwaltung 1,7 Millionen, auf die Justizverwaltung 2,6 Millionen, und die Verwaltung des Innern u. s. w. über 700 000 M. für die Polizeiverwaltung in Berlin und Umgegend, 400 000 M. für die Polizeiverwaltung in den Provinzen, und die landwirtschaftliche Verwaltung 0,7 Millionen, auf die Gesetzverwaltung 0,1 Millionen, auf das Cultusministerium 7,8 Millionen, davon 5,5 Millionen zur Durchführung der Gesetze betreffend das Diensteinkommen der Geistlichen.

Au interessanten Einzelheiten

finden aus dem Statut hervorzuheben: Im Statut für die Domänenverwaltung sind 100 000 M. mehr zur Vermehrung und Verbesserung von Arbeiterwohnungen ausgeworfen. Im Statut für die Forstverwaltung sind 16 neue Oberförster- und 126 neue Försterstellen vorgesehen. Bei der Verwaltung der direkten Steuern sollen 30 neue Katasterräte eingerichtet werden. Bei den Einkommensteuer-Veranlagungskommissionen und Gewerbesteuerausschüssen sollen 98 Bureauarbeiterstellen in etatsmäßige Steuersekretärstellen und 10 Kanzleihilfsarbeiterstellen in etatsmäßige Kanzleistellen umgewandelt werden. — In der Verwaltung der indirekten Steuern sollen Stellen neu geschaffen werden für 6 Ober-Grenz- und Ober-Steuerkontrolleure, 17 Hauptzoll- und Hauptsteueramts-Assistenten, 15 Steuereinnehmer 2. Klasse und Zoll- und Steueramts-Assistenten, 76 Grenz- und Steuerassistenten. 2 Millionen sind unter den ehemaligen Ausgaben für Ausbau vorhandener und Neubau weiterer Dienstwohnungen für Grenzaufseher zu neu ausgeworfen. — Der Nettogewinn der Seehandlung belief sich für 1897/98 auf 2 200 429,98 M. — Im Statut der Berg-, Hütten und Salinenverwaltung sind 400 000 M. zur Errichtung eines zweiten Thermalbadhauses in Deynhäusen ausgeworfen.

Noch dem Statut der Eisenbahnverwaltung sollen verschiedene Direktionsbezirke anderweitig abgegrenzt werden. Durch die Neureinigung von Bedientesten entsteht eine Mehrausgabe von 12,8 Millionen, durch die Erhöhung des Einkommens des Dienstpersonals eine weitere von 7,7 Millionen darunter 1,7 Millionen durch die Erhöhung der Löhne der Betriebsarbeiter. Für Wohlfahtszwecke ist 1 Million mehr vorgesehen. Die Kosten der Betriebsmaterialien sind auf 80,1 Millionen oder 98 Millionen mehr veranschlagt. Es sollen neu beschafft werden: 435 Stück Lokomotiven, 598 Stück Personen- und 6 550 Stück Güterwagen. Die Gesamtkosten dafür im Betrage 49 Millionen übersteigen die wirklichen Ausgaben des Jahres 1897/98 um 8,8 Millionen Mark.

Ein neues Staatsarchivgebäude soll in Düsseldorf errichtet werden.

Im Statut des Finanzministeriums sind 12 neue Regierungsrathstellen vorgesehen. Der Assessoren-Dienstfond ist um 150 000 M. erhöht.

Für den Neubau der Kaiser-Wilhelm-Bibliothek und des Provinzialmuseums in Posen sind 752 400 M. ausgeworfen.

Im Statut der Bauverwaltung ist für Unterhaltung der Binnenhäfen und Binnengewässer u. s. w. 1 Million mehr ausgeworfen. Unter den Neuausgaben im außerordentlichen Statut sind zu erwähnen: 125 000 M. zur Herstellung eines Schuhhäfen bei Tilsit, 500 000 M. 1. Ergänzungsrate zum Schutz und zur Erhaltung der Düne bei Helgoland, 32 000 M. zur Erweiterung des Fischereihafens bei Bommelvorte.

zu wissen, daß seine Mutter eine Gärtnerstochter gewesen, daß es noch heute kleine Leute waren, die sie ihre Verwandten nannte.

Ärgerlich zuckte er die Achseln. „Wenn Sie abzureisen wünschen, Mama“, sagte er, „so habe ich nichts einzubringen. Nur kommt es darauf an, ob die Herren auch Lebensart genug besitzen werden, um den Wagen einer Dame unbelästigt passieren zu lassen. . . . Doch sind ja möglicher Weise von den Freitungs darunter, das vergaß ich.“

Die junge Dame erhob sich und ging, nachdem sie das Kind auf den Teppich gesetzt, zu der schluchzenden Gräfin, deren ehrwürdiges Haupt sie liebevoll an ihre Brust beitete.

Er wandte sich ohne ein weiteres Wort, ohne Gruß oder ein Lächeln für das Kind, zur Thür. Nur von draußen her sagte er noch: „Beilebe Dich, Julie, in jedem Augenblick kann die erste Granate das Dach treffen und Du wirst doch höchst wahrscheinlich Mandus dem Verderben entziehen wollen, z. B. Deine Bücher, die Du so sehr liebst, und auch unseren Knaben. Rufe die Wärterin, Schätz, und lasst sie den Jungen tragen. — Deine gedruckten Söter nimm selbst in die Arme.“

Und dann war er fort. Die beiden Frauen hörten ihn mit festen Schritten durch das Schloß in den Hof hinabgehen. Es währte lange, bis in dem kleinen Zimmer wieder gesprochen wurde.

„Mama,“ flüsterte endlich Gräfin Julie, „was war das? So habe ich auch Mox noch nie gesehen!“

Die alte Dame löste sich sanft aus den umschlingenden Armen ihrer Tochter. „Ganz wie sein Vater war,“ seufzte sie, „er kann nicht dafür, Kind. Vergleichen verehrt sich mit dem Blute; ich fühle es ja in mir selbst. Obgleich

400 000 M. 1. Rate zum Neubau der Molenenden am Hafen zu Stolpmünde und 2 Millionen zum Ankauf des Grundstücks Wilhelmstr. 63 in Berlin und zur ersten Bauphase. In dem neuen Gebäude soll das Staatsministerium, die Generalordenskommission und die General-Poststelle untergebracht sowie eine Dienstwohnung für den Handelsminister geschaffen werden.

Im Statut der Handels- und Gewerbeverwaltung sind neue Stellen für eine Anzahl Hafenbeamte vorgesehen. Die vorhandenen Gewerbe-Inspecturstellen sollen um 7 vermehrt werden. Die Ausgaben für das gewerbliche Unterrichtswesen sind um 456 999 M. auf 4 991 735 M. erhöht worden. Im Herbst 1899 sollen Baugewerkschulen in Stettin und Katowitz eröffnet, bei den verschiedenen anderen Schulen der Unterrichtsumfang erweitert werden. Zur Vermehrung der gewerblichen Fortbildungsschulen in Westpreußen und Polen sind 50 000 M. mehr eingestellt. Der Fonds zur Förderung der Entwicklung des Genossenschaftswesens im Kleingewerbe ist auf 20 000 M. in den ehemaligen Ausgaben erhöht.

Im Statut der Justizverwaltung sollen neue Stellen geschaffen werden für einen Senatspräsidenten beim Kammergericht, 5 Oberlandesgerichtsräthe ebendaebst, 1 Staatsanwalt beim Oberlandesgericht in Köln, für 3 Landgerichtsdirektoren in Berlin II, Gleiwitz, Danzig, für 18 Landrichter und 25 Amtsrichter, für 7 Staatsanwälte bei den beiden Berliner Landgerichten, Breslau, Gleiwitz, Elberfeld, Essen und Graudenz. Neue Amtsgerichte sollen in Köpenick, Perleberg, Posen, Nowy Dwór, Graudenz, Dienstwohnungsgebäude für Amtsrichter in Koszalin, Wreschen, Olsztyn, Jarosław, Kolmar i. P. gebaut werden.

Im Statut des Ministeriums des Innern sind unter den ehemaligen Ausgaben 245 400 M. zum Ankauf eines Bauplatzes für ein Dienstgebäude der Polizeidirektion in Danzig.

Im Statut der landwirtschaftlichen Verwaltung sind die Fonds für das landwirtschaftliche Schulwesen gesteigert. 6 neue Kreishierarchiestellen sollen geschaffen werden. Die Fonds für Förderung der Viehzucht sind um 85 000 M. erhöht, zur Förderung des Obst- und Gartenbaus 10 000 M. mehr.

Im Kultusstatut ist ein neuer Fonds eingestellt zur Schaffung einer Auskunftsstelle für Lehrer des höheren Unterrichtswesens. In Ratibor in Schlesien soll von Ostern 1899 ab ein neues katholisches Schullehrer-Seminar begründet und ferner sollen 20 neue Kreisschulinspektorstellen errichtet werden. Der Fonds befußt allgemeiner Erleichterung der Volkschullasten ist um 300 000 M., der zu Beihilfen an Schulverbänden um 160 000 M., der zu Büschissen für die Altersklassemassen der Volksschullehrer und Lehrerinnen um 340 000 M., der zu Pensionen an diese Lehrer um 250 000 M., der zur Unterstützung von Wittwen und Witzen dieser Lehrer um 59 000 M. verstärkt worden. — Zur Unterstützung von Schulverbänden wegen Unvermögens bei Elementarschulbauten ist im Extraordinarium 3 Millionen, zur Förderung der Volksbibliothek 50 000 M., für die technische Hochschule in Danzig, worüber dem Landtag noch eine besondere Denkschrift zugehen wird, verschiedene Posten, und zur Errichtung eines hygienischen Instituts in Posen 24 000 M. ausgeworfen.

ich meinen Gemahl aus Liebe heimhete und nie die getroffene Wahl bereute, so stand doch immer die Scheidewand der ungleichen Geburt trennend zwischen uns, wie sie mir jetzt das Herz des einzigen Sohnes zu rauben droht. Ich will nicht abreisen, Kind, ich will weder ihn noch Dich in der Stunde der Gefahr verlassen.

Gräfin Julie sah angstlich in das erlebte Gesicht der verehrten alten Frau. — „Du sprachst vorhin von einem Fluche, Mama? — Was bedeutet das? —“

Ein Schauder überließ die Glieder des Mütterchens. „Unten im Saale war es“, versetzte sie nur mit Mühe sprechend, „gerade vor dem großen Wandspiegel. Da stand Wilhelmine von Dohn und stieckte die Hand aus, — ihre dicken Finger streiften meinen Brautkranz. Ich mußte immer in das Glas blicken, es zog mich wie ein Magnetismus, bis mir unsere beiden Bilder, ihres und meines, vor den Augen verschwanden, bis ich ohnmächtig wurde, als sie mich verflucht, und auf Kind und Kindeskind das Verderben herabrief, weil ich ihr ohne es zu wollen, den Bräutigam geraubt.“

Gräfin Julie antwortete nicht aber alles Blut war von ihren Wangen gewichen, und in den dunklen Augen schimmerete es wie Verzweiflung.

„Mama“, fragte sie endlich, „Mama, war es verrathene Liebe, welche jene Unglücks zum Hass trieb? Oder hattest Du nur ihre Pläne durchsetzt?“

Die alte Gräfin schüttelte den Kopf. Ihre kleinen blauen Augen glänzten feucht.

„Kann Liebe jemals fluchen?“ fragte sie halblaut. „Muß ich fürchten, ein Herz gebrochen zu haben, wo sich die Hand zur wilden rachsüchtigen Verwünschung erhob? Liebe ist ewig, ob im Glück oder Unglück, unsterblich. Wahre Liebe hebt und adel-

Erlochen.

Erzählung von W. Höffer.

Nachdruck verboten.

15. Fortsetzung.

Der Graf drehte das blonde Bärchen. „Es ist nur wenig zu fürchten übrig, Mama!“ sagte er höhnisch. „Der Haufe hat bereits mit seinen diebischen Fäusten meine Heerde für gute Beute erklärt, aus meinen Wäldern seinen Bedarf an Holz entnommen und meine Reider verwüstet. Jetzt nur noch das Schloß in die Luft gesprengt, dann bin ich ein Bettler, der den nackten Grund und Boden an irgend einen Speculanen eßt zu dürfen.“

Die alte Gräfin rang in ausbrechendem Schmerz die Hände. „Dahin ist es bereits gekommen!“ ächzte sie. „O großer Gott, dahin? — das ist Dein Fluch, Wilhelmine von Dohn, er trifft meine Kinder, wie Du es gewollt, unversöhnliches Herz! —

Sie sank zurück gegen die Lehne des Divans und schluchzte traurig während der Graf mit düstern Blicken aus dem Fenster sah und die jüngere Dame schaudernd ihr Kind an sich preßte.

„Ein Fluch, Mox! — Was will Mama damit sagen? fragte sie halblaut.

Der Graf lachte an den Lippen. Er selbst mochte längst schon des Familienverhängnisses gedacht und das ganze Unglück seiner lieblosen Ehe, seiner jüngsten bedrohten Stellung heimlich als das Werk des finsternen Dämons angesehen haben. Aber das Alles brauchte Julie nicht zu erfahren, sie brauchte nicht

Deutsches Reich.

Berlin, 18. Januar.

Der Kaiser hörte Dienstag Vormittag nach einem Spaziergang den Vortrag des Chefs des Militärkabinetts v. Habens. Nachmittags fand Investitur und Kapitel des Schwarzen Adlerordens statt. Als Ritter wurden aufgenommen: Prinz Friedrich Wilhelm, jüngster Sohn des Regenten von Braunschweig, General v. Krosgk, Botschafter Fürst Radolin, Hausminister v. Wedel, Oberpräsident v. Gohler, Admiral v. Knorr und Prof. v. Mengel. Es war der höchste Glanz entfaltet. Als Erster wurde Prinz Friedrich Wilhelm eingeführt. Als dem Prinzen der Mantel umgelegt war und er knieend vom Kaiser die Kette empfangen hatte, umarmte ihn der Monarch und küsste ihn auf beide Wangen. — Abends waren die Ritter zu einer Tafel im Elisabethsaal des lgl. Schlosses vereinigt.

Zur Abschlußkonferenz. Die "Mil. Berl. Korr." erfährt, daß dem Hohen das Programm der Konferenz noch nicht vorgelegen habe, und die "Not. Btg." meldet, daß eine angebliche neue russische Note wegen der Abrüstung in Berlin noch nicht übergeben worden ist.

Eine deutsch-französische Allianz wird von einigen Schwärmern in Paris gegen England empfohlen. Eine praktische Bedeutung ist dieser freundschaftlichen Rathschlägen natürlich nicht beizulegen.

In Amerika beginnt man einzusehen, daß Deutschland auch in der Philippinenfrage keinen Anlaß zu denjenigen Verdächtigungen geboten hat, mit denen es seit Monaten durch die Herren Banks beeckt worden ist. — Hinsichtlich der Fleischseinfuhr glaubt man in Washington, daß den Amerikanern die neue Ordnung der Dinge viel günstiger sein werde als die alte.

Die Reichsbank hat ihrem Zinsfuß, trotzdem der steuerpflichtige Notenumlauf noch immer ein recht beträchtlicher ist, von 6 auf 5% herabgesetzt. Hoffentlich erfolgt recht bald noch eine weitere Zinsherabsetzung.

Die Debatte über die Lippsche Angelegenheit im Reichstage (vergl. den ausführlichen Sitzungsbericht) hat nicht wesentlich Neues zu Tage gefördert, da, wie wir von vorneherein als feststehend annahmen, der Reichskanzler jedes Eingehen auf die Frage ablehnte. Etwas hat man aus der Debatte aber doch lernen können, nämlich daß ein einzige Partei des ganzen Reichstags von dem Bundesrat beschlußt in Sachen des Lippschen Thronfolgefests so recht befriedigt ist. Selbst der conservative Redner, der Abg. von Beugekamp fand kein Wort der Anerkennung des bundesrätlichen Beschlusses.

Die Budgetkommission des Reichstags hat am Dienstag den Posten erledigt, bemerkenswerthe Einzelheiten bot die Lebattie nicht. Es wird nun zunächst der Etat für Kiautschou, der für das Reichsreisenbahnamt und alsdann die Militärvorlage berathen werden.

Die Kosten eines Sitzes im neuen Abgeordnetenhaus zu Berlin belaufen sich auf rund 10 000 Mark unter Einschluß der Beleuchtung, der Heizung und der Lüftungsanlage. Im Reichstag kostet jeder Sitz rund 50 000 M. Das entspricht auch ziemlich genau dem Verhältniß der Bausumme von 4½ Mill. zu 22 Mill. M., die beim Reichstag nach Abzug der Grunderwerbsteilen von dem Betrage von 29 Mill. für den eigentlichen Bau selbst dem Architekten Wallot zur Verfügung standen. Die wirklichen Kosten für den einzelnen Sitz betragen aber im Abgeordnetenhaus sowohl wie im Reichstage nur 180 Mark.

Mit der Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium beschäftigte sich eine in Berlin abgehaltene Konferenz medicinalischer Sachverständiger mehrerer Bundesstaaten. Die Frage wurde schließlich als noch nicht spruchreif bezeichnet, zumal sich die überwiegende Mehrzahl der deutschen Universitäten gegen die Zulassung erklärt habe.

Deutscher Reichstag.

11. Sitzung vom Dienstag, 17. Januar.

Am Tisch des Bundesrats; Staatssekretär Dr. Graf von Posadowsky, Präsident des Reichsreisenbahn-Amts Schulz.

Präsident Graf Ballerstrem eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Der Etat des Reichstags wird auf Antrag des Abg. v. Frey (konf.) von der Tagesordnung abgezogen.

Bei der Beratung des Etats des Reichskanzlers und der Reichsflanzers bemerkte mein Titel "Reichskanzler" Abg. Lenzenmann (frei. Bp.), die Lippsche Frage hat eine allgemeine Bedeutung als eminent wichtige Rechtsfrage. Unser Initiativvorschlag ist allerdings durch den Bundesratsbeschuß überholz, wir werden ihn aber nicht zurückziehen. Die Frage ist aktuell wegen der lippschen Landesgesetzgebung.

Trotz der Würdigkeit des Gegenstandes hat derselbe doch Aufregung erzeugt, besonders als der deutsche Kaiser sich in der Sache in einer Weise äußerte, die erkennen ließ, auf welcher Seite er stand. Wichtig ist die Reichsfrage e. außer dem verstorbenen Fürsten Woldemar kommt dessen Bruder Alexander in Betracht, dem der König von Sachsen den Führerstitel zuerkannte. Wegen dessen Krankheit muhte eine Regentenwahl Platz greifen. Neben einer angedeuteten testamentarischen von Fürsten Woldemar getroffenen Regierungsausordnung zu Gunsten des Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe sind die Meinungen geteilt. In Lippe hält man sie für unrecht, da der Fürst nie

die Seele, sie kann nie enden, nie mehr oder weniger geben, als sich selbst, aber immer, nimmer das beleidigte Ich zu rächen suchen durch einen Fluch."

Die Gräfin Julie stützte den Kopf in die hohle Hand. "Und doch hat ihn das Schicksal gehört," sagte sie wie zu sich selbst, "doch ruht er auf diesem Hause, aller Reflexion zum Trotz. Und vielleicht habe sogar ich selbst —"

Die alte Dame war aufgestanden, um ihren kleinen Enkel an die Brust zu drücken. Das Kind spielte ahnungslos am Boden, während die Seelen seiner nächsten Angehörigen, durchschauert vom Verhängnis des Lebens, sich enger und näher hingaben, während die Sonne höher am Himmel emporstieg und der Rauch der Bivouaueuer sich wie ein Riesenopfer über die lachende Gegend dahinwälzte. Die alte Dame schien nicht verstehen zu wollen, was ihre Schwiegertochter halb widerstrebend aussprach. Sie sah nicht die gebrochene Haltung, die Thräne, welche sich emporgedrängt in das stolze Auge, — sie legte mit versöhnlichem, freundlichem Lächeln das Kind in die Arme der Mutter.

"Komm mein Löchterchen," sagte sie herzlich und fügte Dich nicht so sehr vor dem, was uns droht. Mor hat vielleicht zu schwarz gesehen und das Blaue verläuft glücklicher, als er denkt. Komm, Kind wir stehen vor einer Gefahr und da muß uns der Mut wachsen, anstatt zu erlahmen. Wir wollen thun, was nach göttlichen und menschlichen Gesetzen das Rechte ist; darum bleibe ich auch hier, trotz meines Sohnes harten Worten — mir ist ja im Leben schon so viel Bitteres gesagt worden, daß ich es gewohnt bin."

Sie lächelte das eiskalte blaße Gesicht der jungen Frau, verbarg tapfer die Wunde des eigenen zuckenden Herzens und ging mit dem Kinde hinab in das Souterrain, wo ihr ehrwürdiges, heiteres Antlitz wie ein Sonnenblitz am frühen Tage auf die

davon gesprochen. Am 24. April 1895 kam ein Regentschaftsgesetz zu Stande. Die Lippische Volksvertretung hat Grund zu mancher Klage. Die Entmündigung des Prinzen Alexander wurde 2 Jahre dem Volke verheimlicht, von 1893—1895, der Tod des Fürsten Woldemar von Morgen 7 bis Mittag 11 Uhr, um dem Prinzen Adolf Zeit zu lassen, ins Land zu kommen. Inzwischen wurden die Verhandlungen über die Thronfrage weiter geführt. Präsidenten boten die Binte Biesfeld, Weihensels und Schaumburg. Die drei Präsidenten vereinbarten einen Schiedsrichterspruch, der am 17. Oktober 1896 sanktioniert wurde vom Landtag Lippe-Detmold. Vorstehender wurde König Albert. Gegegeben wurde, daß Ernst von Biesfeld zunächst erbberichtigt schien, aber Schaumburg führte an, daß die Ehren im Stamm Biesfeld nicht immer reinblütig im Sinne des Lippschen Hauses seien. Eine große Reihe von Staatsrechtsherrn haben sich hierzu geäußert, teils für, teils gegen Biesfeld. Bemerkbar ist auch der Verbindungsvertrag zwischen Biesfeld und Weihensels werden. Der Schiedsentscheid erfolgte zu Gunsten des Großen Ernst Lippe-Biesfeld. Beider regelt der Schiedsentscheid nicht die weitere Erbschaft. Gegen den Thronfolge-Gesetzentwurf des Ministeriums in Detmold protestierte der Schaumburger. Der Graf-Kanzler und die Regierung wiesen diesen Einpruch zurück. Nun wandte sich die Schaumburgische Regierung an den Bundesrat auf Grund des Artikels 76. Detmold bestritt dem Bundesrat die Kompetenz. Dieser faßte jedoch einen Beschuß, der das Kopfchützen aller Juristen und Laien erregte. (Redner verließ den Beschuß.) Dies ist das schlimmste, was Lippe-Detmold und dem deutschen Reiche passieren konnte. Es spricht die Zuständigkeit des Bundesrates aus, entscheidet aber nicht. (Der Reichskanzler betritt den Saal.) Der Zustand in Detmold wird mit Recht von den Einwohnern des Landes als unerträglich bezeichnet. Die sozialdemokratischen Stimmen wachsen. Meiner Ansicht nach hat der Bundesrat kein Recht zu seinem Beschuß. Ich halte es für Pflicht des Reichstages, zu erklären, daß die Bestimmung über die Thronfolge Sache der autonomen Landesgesetzgebung ist. Der Bundesrat kann die Omnipotenz des Staates nicht aus der Welt schaffen. Der Bundesrat ist eine Konferenz von Gesandten, die keine eigene Meinung haben dürfen. Wir sind sehr geneigt, den Beschuß Beschuß sein zu lassen und ihn mit einer gewissen Verachtlichkeit zu behandeln.

Präsident Graf Ballerstrem: Dieser Ausdruck ist nicht zulässig.

Abg. Lenzenmann forschend: Es ist unsere Pflicht, gegen diese Kompetenz des Bundesrates zu protestieren. Wenn hört ich die Grinde des wunderbaren Beschlusses. Vielleicht äußert sich auch die Minorität im Bundesrat. (Gelächter.) Dies Gelächter ist sehr traurig. Bayern, Lippe und Meiningen sollen dagegen gestimmt haben. Mögen diese hier vortreten. (Hinterkeit.) Geschieht das nicht, so wird der Respekt des Volkes vor dem Bundesrat nicht annehmen. Das Gottessgnadenthum fängt doch nicht erst bei Ländern über 20 Quadrat-Meilen an. Die Grundlage des deutschen Reiches möge das unerschütterliche Recht sein.

Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe erklärt: Die Reichsverfassung weist in Artikel 76 Absatz 1 gewisse öffentlich-rechtliche Streitigkeiten unter bestimmten Voraussetzungen dem Bundesrat zur Erledigung zu, welcher selbstständig und allein darnach zu handeln, insbesondere zunächst über seine Kompetenz zu entscheiden hat. Ein solcher Entscheid ist lediglich ein Alt-bundesrechtliches Jurisdiktions. Obwohl ich mit dem erlangten Beschuß völlig einverstanden bin, vermag ich im Hinblick auf die staatliche Stellung des Bundesrates doch nicht in eine Diskussion einzutreten; denn Urtheile können naturgemäß nicht wie Gesetzwürfe oder Urteile der vollzogenen Gewalt den Gegenstand einer nachträglichen zweiseitigen Verhandlung bilden. Das Verhältnis der Landesgesetzgebung gegenüber dem fürstlichen Hauses bildet den Hauptstreitpunkt, und da über diesen die Entscheidung völlig vorbehalten ist, muß ich es mir versagen, durch irgend welche Erklärungen der künftigen Entscheidung unbefragter Weise vorzugeben. Endlich ist es bemängelt, daß der Bundesrat nicht sofort zu einer materiellen Erledigung des Streites geschritten ist. Es entspricht aber nur dem Charakter des Bundesverhältnisses, nicht vorzeitig durch Vereinigung der verschiedenen Progehabtschnitte die Möglichkeit auszuschließen, daß in einem neuen Stadium eine Annäherung der freien Thüre sei, sei es durch eigene Vereinbarung eines Austrags, sei es in der Sache selbst, eintrete.

Abg. Dr. Lieber: Der Bundesratsbeschuß, wie er veröffentlicht ist, läßt nicht erkennen, wie der Bundesrat dazu kommt, den Streit zwischen zwei Regierenden als Streit von Staaten zu erklären. Nie ist ir etwas Konföderes vorgekommen, als der Antrag von Schaumburg Lippe. Zur Namen meiner politischen Freunde muß ich sagen, daß wir den Fall für einen Streit zwischen zwei Fürstenhäusern halten, in diesem Sinne halten auch wir den Bundesrat nicht für zuständig; allerdings auch nicht den Reichstag. Den Bundesrat trifft der Vorwurf, dem Recht bewußtsein schweren Schaden zu geübt zu haben. Wir müssen hier konstatieren: Recht muß doch Recht bleiben! (Beschall im Centrum und links.)

Abg. Dr. Dörmowksi-Pomian (Pole) beschwert sich über die einseitige Durchführung verschiedener Gesetze, was er an verschiedenen Beispiele erläutert, insbesondere an solchen betreffend die Namenseintragung und die Gründungsordnung.

Staatssekretär Dr. Graf v. Posadowsky: Gegen die Ausschreibungen des Abg. Lenzenmann muß ich Namens des Bundesrates Einspruch erheben. Bundesrat und Reichstag sind gleich berechtigt. Der Abg. Lenzenmann hat die schuldigen Rücksichten auf schwerster verletzt, die eine gesetzgebende Körperschaft der anderen schuldet, wenn Verhandlungen auf die Dauer zwischen beiden Körperschaften möglich sein sollen. Die Ausschreibungen des Abg. Lenzenmann gingen weit über das hinaus, was der Bundesrat in der Regel ist zu ertragen. Es handelt sich hier um einen Streit, der sich gründet auf das Privat-Fürstentrecht, das in den meisten deutschen Beisetzungen besonders sanktioniert ist. Es ist in der That ein Streit zwischen zwei Staaten. Der Bundesrat wird sich schlüssig machen, sobald eine fachliche Entscheidung notwendig ist und mit Recht verlangt wird. Der Bundesrat handelt im Interesse des Reichsfriedens, wenn er sich als Instanz hinstellt, und eine friedliche Lösung herbeizuführen sucht.

Darauf wird der Titel und der gesamte Etat ohne weitere Debatte bewilligt.

Staatssekretär des Innern. Fortdauernde Ausgaben. Titel:

Staatssekretär.

Abg. Beck (fr. Bp.) bellagt den Massenmord der Singarelli in Italien und Frankreich.

Staatssekretär v. Posadowsky erklärt, eine Umänderung der Pariser Konvention war bisher nicht durchzuführen; sobald dies gelungen, werde man an eine Verschärfung des Vogelschutzgesetzes gehen können.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Antrag Klinkowström und Antrag Auer (obligat. gewerb. Schiedsgerichte.) (Schluß 5 Uhr.)

Stimmung der weiblichen Dienerschaft wirkte. Ihr Wort voll Sanftmut und ruhiger Bestimmtheit, ermutigte die Verzagten, ihr Beispiel beschämte die Verzweifelten. Mit fester Hand ordnete sie in den lüderlichen unterirdischen Sälen des Schlosses Alles für ein längeres Verweilen der Ithigen an; sie traf Vorbereitungen für die Pflege der Verwundeten, sie legte Leinster zurück, um die Toten einzuhüllen, ehe Mutter Erde die erlösten Kinder wieder in ihre Arme schloß. Und bei dem Allem spielte sie mit dem kleinen Enkel, betete ihr starkes Herz gläubig zu Gott, daß er den Fluch wenden und in Segen vertreiben möge. Sie hatte so Vieles, so Schweres ertragen, seit ihr Fuß zuerst dies Schloß betrat, sie wußte, daß Alles vorübergeht — auch dieses.

Ober am Fenster stand müßig, mit herabgesunkenen Händen, die junge Gräfin. Julie war schlanker geworden, blässer und milder in den vier Jahren ihrer Ehe. Sie trug nicht mehr den Kopf so stolz, sie blickte weniger herrisch und sprach weniger befehlend. Jener Zug der Resignation, des gänzlichen Ausgebens, jenes Elwas, das so innig röhrt, lag in ihren Mundwinkeln und umschattete die Stirn, deren Weiß der Perlmutt gleich, deren Schläfen von durchwachten Nächten erzählten, von heissem Weh und Hoffnungslose Kampf gegen das Verhängnis.

Es war ein Tag wie damals auf Schloß Eschenburg, als sie von Otto Abschied nahm, um ihn nie, nie im Leben wiederzusehen, als sie sich von blindem Wahns behören ließ und mit eigener Hand das Todesurteil ihres Glückes unterschrieb. Die Sonne schien herab auf grüne Baumwipfel auf Park und Ses und die braune, endlose Heide. Schmetterlinge spielten über Blumenbeeten und weiße Wasserlilien schwammen auf der unbeweglichen Fluth. Ganz so war der Tag — was würde der Abend bringen?

Sie erinnerte sich jener Betäubung, in welche damals der Blitz ihre Sinne gehüllt und wie sie so hell, so widerstandslos

Preußischer Landtag.

Herrenhaus.

2. Sitzung Dienstag, den 17. Januar.

Nach Erledigung einer Reihe von geschäftlichen Mittheilungen und Wahl mehrerer Kommissionen vertagte sich das Haus auf unbestimte Zeit. (Schluß 3½ Uhr.)

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung vom 17. Januar, 3½ Uhr.

Alterspräsident v. Bock eröffnet die Sitzung. Es sind 400 Mitglieder in das Haus eingetreten. Die Abtheilungen haben sich gebildet. Die Wahlen von 408 Abgeordneten sind geprüft und haben zu Bedenken keinen Anlaß gegeben. Auf Vorschlag des Abg. Stegel (konf.) wird Herr v. Kröder durch Zufluss zum Präsidenten gewählt, und dieser nimmt die Wahl mit Dank an, ebenso die wiedergewählten Herren v. Heeren (concr.) [erster Vizepräsident] und Dr. Krause (nk). [zweiter Vizepräsident]. In gleicher Weise werden zu Schriftführern gewählt die Abg. Bode (konf.), v. Voelberg (konf.), v. Detten (concr.), v. Walle (concr.), Jürgens (natl.), Beyerbusch (konf.).

Vor Eintritt in die Geschäfte des Hauses, gedenkt Präsident von Kröder des Hinsichtens des Fürsten Bismarck. Jeder der ein preußisches Herz in der Brust trägt, sei darüber dafür, daß es dem Krieger gelungen sei, Deutschland auf den Platz zu stellen, den es heute in der Welt einnimmt. (Beifall.)

Hierzu nimmt das Wort zur Einbringung des Staatsfinanzministers v. Miquel: Die Finanzlage sei günstig; alle Verwaltungen hätten dazu beigetragen, mit Ausnahme der Domänenverwaltung. Der Eisenbahntarif sei nicht so günstig wie im Vorjahr, mit Tarifänderungen, Erbauung wenig rentabler Linien u. s. w. sei also noch nichts. Ferner stellte der Minister fest, daß seit 1891 die Gehaltsaufstellungen bei den Unterbeamten 30 Proz., bei den mittleren Beamten 13 Proz. erreicht habe. Hoffentlich würden die Beamten einschauen, daß sie jetzt besser dastehen als manche Handwerker, Gewerbetreibende und Landleute.

Ein Theil der Rede des Ministers ging verloren, da die Akustik des neuen Hauses eine ungünstige ist.

Nächste Sitzung: Sonnabend: Erste Etatsberatung.

Ausland.

Frankreich. Paris, 17. Januar. [Deputirtenkammer.] Bei der Generaldebatte über das Budget kritisierte der Berichterstatter Pellestan lebhaft die Ausgaben für die Kolonien und vergleicht sie mit denen Englands. Pellestan betont, daß die kolonialen Ausgaben Frankreichs die Höhe von 80 Millionen Francs erreichen und größer sind, als die aller anderen Mächte zusammen, und sagt, die Kontrolle des Parlaments über das Kolonial-Budget eine rein platonische. Niemand kennt die Kolonialpolitik der Regierung, welche nur darauf sinne, Beamte und Militärs nach den Kolonien zu entsenden.

Spanien. Madrid, 17. Januar. Der Sarg des Christo de Columbus ist geöffnet worden; in demselben befanden sich nur Asche und einige Knochenreste. Der Sarg wurde sodann wieder geschlossen. Der Aviso "Giralda" wird den Sarg morgen nach Sevilla bringen, wo er feierlich empfangen und in die Kathedrale überführt werden soll.

Türkei. Wie die "Politische Correspondenz" aus Konstantinopel meldet, bereitet die Pforte ein Memorandum über die macedonischen Angelegenheiten vor, welches den Großmächten vorgelegt werden soll.

Provinzial-Nachrichten.

Gulm, 15. Januar. Frau Bessie Bartel in Schönsee hat ihre etwa 140 preußischen Morgen große Besitzung an Herrn Kaufmann Maierlack in Gulm für 57 000 Mark zum Parzellieren verkauft. Schönsee und Roßgarten waren bis dahin die einzigen Ortschaften in unserer Niederung, die nur Bauernwirtschaften, keine Kötnergrundstücke aufzuweisen haben.

Rheda-Wieden, 14. Januar. Als heute Mittag der Personenzug von Danzig in Bahnhof Rheda einfand, stand ein Arbeiter auf der Plattform eines Wagens und wurde durch die Schwung, die durch das Hindurchfahren durch die Weichen verursacht wurde, hingerungen und erstickt, so daß der Schädel zerstört und das Genick gebrochen wurde. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Graudenz, 17. Januar. In der gefrigen Sitzung des Komitees für Errichtung einer Stärkefabrik in Graudenz über welche wir schon kurz berichtet, erklärte Herr Amtsrat v. Kries zunächst Bericht über das Ergebnis der mit Herrn Stadtrath Venkli gemeinschaftlich unternommenen Reise nach Thorn, welche den Zweck hatte, bei Komitee-Mitgliedern in Thorn darüber vorstellig zu werden, von Errichtung einer Fabrik dortselbst abzusehen und sich lieber für die Errichtung einer Fabrik in Graudenz zu interessieren, weil das in Graudenz geplante Unternehmen die Interessen der gesamten Landwirtschaft in der Provinz mehr umfaßt. Die Herren in Thorn scheinen aber wenig (gar keine!) Neigung zu haben, ihren Plan aufzugeben. Im Laufe der Debatte wurde von mehreren Rednern hervorgeh

Beendigung derselben soll demnächst eine konstituierende Versammlung aller Interessenten stattfinden. — (Man sieht, daß die Brandenburger Herren eifrig bestrebt sind, von dem Vorgehen der Thuner zu lernen — mit einer einzigen Ausnahme, die wir hier nicht mehr näher bezeichnen brauchen! D. Red.)

— Pelpin. 16. Januar. Das hiesige erste westpreußische Kornhaus mit seinen musterhaften, geschäftlichen und neuesten maschinenellen Einrichtungen lenkt die Aufmerksamkeit weitester landwirtschaftlicher Kreise auf sich. Die landwirtschaftlichen Vereine von Czerwinst und Neukirch und am 14. d. W. der landwirtschaftliche Verein von Elbing machten einen Ausflug hierher und wurden unter Führung des Vorstandesmitgliedes der Kornhausgenossenschaft Herrn Stoboy-Draßau, des kaufmännischen Vertreters Herrn Siebert und des Vertreters des Kaiserschen Vereins Herrn Bonus mit dem umfangreichen Betriebe bekannt gemacht.

— Marienwerder, 16. Januar. In der heutigen Stadtverordnetensitzung wurden die Herren Buchhändler Böhme zum Vorsteher, General-Landschaftssekretär Rosche zum Stellvertreter, Kaufmann Siebert zum ersten, Oberlehrer Zweig zum zweiten Schriftführer wiedergewählt.

— Elbing, 17. Januar. Für katholische Vereinszwecke wurde hier das Hotel zum "Goldenen Löwen" für 63.000 Mark angekauft.

— Danzig, 17. Januar. Herr kommandierender General v. Lenke ist gestern Abend aus Berlin hierher zurückgekehrt.

— Bartenstein, 16. Januar. Während des Glattesises in dieser Woche kam ein Mann in Reddenau derart zu Fall, daß er die Sprache verlor. Bis heute hat er dieselbe noch nicht wiedererlangt.

— Allenstein, 14. Januar. (Verschwunden.) Die 28jährige Tochter Minna des Besitzers B. in Agonken ist verschwunden. Das Mädchen diente seit fünf Jahren in Allenstein und wollte sich jetzt verheirathen. Sie kündigte daher ihre Stellung, um sich zu ihren Eltern zu begeben. Inden erwarteten sie die Eltern vergeblich. Einige Tage später trafen die Sachen der Tochter ein. Es ist bereits eine Woche seit der Abreise des Mädchens von Allenstein vergangen und alle Nachforschungen haben keinen Erfolg gehabt.

— Bromberg, 17. Januar. Der Sohn eines hiesigen Beamten, welcher in Berlin studirt, betrat gestern Morgen die elterliche Wohnung in der Danzigerstraße. Er war tags vorher von Berlin abgereist, am Abend hier angekommen, war aber nicht nach der Wohnung der Eltern gegangen, sondern in der Stadt verblieben. Schon beim Betreten der elterlichen Wohnung bemerkten die Angehörigen, daß der Ankommende sich in einem nicht geistig normalen Zustande befand. Er wurde selbstverständlich aufgenommen und beobachtet. Trotzdem gelang es ihm, sich aus dem Fenster auf den Hof — eine Stag hoch — hinauszuflitzen. Hierbei fand sich der Unglüdliche eine Verlegung an der Stirn und am Mund zu. Er wurde nur nach dem städtischen Lazarett geschafft, wo konstatiert wurde, daß der junge Mann in der That geistig gestört war.

— Aegena, 16. Januar. Der in voriger Woche stattgehabte Studentenbrand ist von einem Hund verursacht worden. Dieser sprang in Abwesenheit der Bischen Familie auf den Tisch und warf die brennende Lampe um. Die Lampe explodierte und setzte die Möbel in Brand. Der Hund verbrannte mit.

— Das gestern Abend in Wilkowslis Tivoli abhaltene Vergnügen des deutschen Männergesangsvereins war sehr stark besucht. Der große Saal war überfüllt. Das Programm war außerordentlich reichhaltig. Die Männerchorle sangen voll und rein und stellten dem ernsten Streben des Dirigenten (Lehrer Henkel) und der Mitglieder das beste Zeugnis aus. Besonders gefiel "Am Böhrer See" von Koschat. Die Solovorführungen erwiesen, daß der Verein auch über sehr bemerkenswerthe Einzelkräfte verfügt. Stürmischen Beifall ernteten die komischen Nummern und das Theaterstück. Der Reinerttag des Festes, welcher dem Fonds zur Erbauung des Kaiser-Wilhelm-Denkmales in Nowrażlaw zugeführt wird, überschreitet 100 Mark übersteigen.

— Posen, 16. Januar. Ein polnischer Verein zur Gründung eines Lehrerinnenheims hat sich hier gebildet. Die Polen machen es den Deutschen nach. — Ein großes Gebäude für eine Schule und Stiefelabrik wird hier auf der Schifferstraße errichtet. Der Unternehmer, Kaufmann Herrnstadt, wird das Etablissement mit elektrischem Betriebe ausstattten. Etwa 200 Personen werden in der Fabrik beschäftigt werden. — Die Warte ist im Anschwollen begriffen. Das Wasser zeigt eine hochgelbe Färbung. Das ist ein Zeichen, daß die Prosa ihre gelbe Fluten der Warte zufinden.

— Posen, 17. Januar. Die Polizei beschlagnahmte heute den diesjährigen Kalender des "Gonioc wilejopolki." — Die Beschlagnahme kommt allerdings rechtlich spät!

Vokales

Thorn, 18. Januar.

* [Personalien.] Der Rechtsanwalt Raphaël aus Luckenwalde ist in die Liste bei dem Amtsgerichte in Dt. Krone zugelassene Rechtsanwälte eingetragen worden.

S [Personalien beim Militär.] Beamte der Militär-Bewaltung. Voß, Intend. Sekretär von der Korps-Intend. des XVII. Armeekorps, zu der Intend. der 36. Div. Hellingen. Intend. Sekretär von der Korps-Intend. des II. Armeekorps, zu der Korps-Intendantur des XVII. Armeekorps versetzt.

V [Die nationalliberale Partei in der Provinz Westpreußen] lautet das Thema eines Vortrages, den — wie wird schon kurz berichtet — Herr Rechtsanwalt Wagner-Berlin (früher in Graudenz wohnhaft und Vorsteher des westpreußischen nationalliberalen Provinzialwahlkomitees) auf der am letzten Sonntag in Dirschau abgehaltenen Provinzialversammlung westpreußischer nationalliberaler Vertrauensmänner hielt. Redner führte etwa Folgendes aus: Es lasse sich nicht verkennen, daß die Zahl der Nationalliberalen bei uns nur gering sei; die Zahl der Anhänger der nationalliberalen Partei sei in neuerer Zeit sehr zurückgegangen. Seit Ende der 70er Jahre, als der wirtschaftliche Kampf entbrannte, sei nämlich das Band abgebrochen, und der Nationalliberalismus sei auf die Städte beschränkt geblieben. Die Landbevölkerung habe sich dem "Bund der Landwirthe" angeschlossen, weil sie hoffte, daß in Folge der derben Agitation des "Vater Pötz" doch vielleicht etwas für sie absalte. Trotzdem, meint Redner, besteht noch eine verhältnismäßig recht gute Organisation der Partei in unserer Provinz, die aber noch eines beträchtlichen Ausbaues fähig sei, und die im Interesse der Partei auch unbedingt weiter ausgebaut werden müsse. Freilich sei es den Nationalliberalen zur Zeit unmöglich, bei den Wahlen in irgend einem Wahlkreise unserer Provinz allein, nur gestützt auf die eigene Kraft, durchzukommen. Aber hierzu seien die anderen Parteien in den meisten Fällen ebenso wenig im Stande. Und bei dem Zusammengehen der deutschen Parteien gegen die Polen seien nationalliberale Kandidaten — man könne das wohl sagen — "gesucht" und auch erst in jüngster Zeit wiederholt durchgetreten. Die nationalliberale Organisation in unserer Provinz müsse deshalb aufrechterhalten und weiter ausgebaut werden. — Gegen die Haltung der Centralleitung der nationalliberalen Partei würden freilich mancherlei Vorwürfe erhoben, und das zum Theil auch mit Recht. Rämentlich werde getadelt, daß die Haltung der Partei nicht fest genug, zu nachgiebig sei, insbesondere auch, daß die Partei gegen rücksichtlose Interessenvertretung, gegen eine mit frivolen Versprechungen arbeitende Agitation sich nicht energisch genug aufgelehnt habe. Auch das Nebenwiegen der süddeutschen Richtung in der Partei sei bedauerlich, weshalb es wünschenswert wäre, wenn mehr Norddeutsche in die Partei hineinkämen. Der linke Flügel in der Partei müsse von der Parteileitung mehr beachtet werden, auch werde eine nicht genügende Verbindung mit den mehr links stehenden Parteien unterhalten. Solche und ähnliche Vorwürfe gegen die Parteileitung würden nicht nur hier im Osten, sondern auch vom Westen, von Hamburg, vom Rhein her erhoben. Es sei soweit gekommen, daß ein großer Theil der Konservativen die Nationalliberalen zu den Ihrigen rechnen — wenn ja konserватiv stimmen: thun sie letzteres aber nicht, dann

D [Der östliche Kreisvorstand des deutschen Werkmeisterverbandes] hielt am 15. Januar in Graudenz die Wahl des Delegierten zum Delegiertenstag in Eisenach ab. Es waren die Städte Bromberg, Posen, Dirschau, Danzig, Thorn, Nowrażlaw und Graudenz vertreten. Aus der Wahl ging Herr Güttens-Danzig als Delegierter und Herr Weiß-Torhönen als Stellvertreter hervor. Bei dieser Gelegenheit wurde auch bekannt gegeben, daß das Vermögen des deutschen Werkmeister-Verbandes, welcher seinen Sitz in Düsseldorf hat, 1.900.000 Mk. beträgt.

— [Für Postspade nach Rußland] ist bisher die Verwendung von Kisten oder einer Leinen- oder Wachsleinwand-Umhüllung gefordert worden. Im eigenen Interesse der Besucher empfehlen sich diese Verpackungsarten, indem werden sie nicht mehr unbedingt verlangt; es kann auch Pappe oder starkes Papier als Umhüllung benutzt werden, sofern die Verpackung der Dauer der Förderung entspricht, der Inhalt vor Beschädigung hinreichend geschützt und ihm ohne sichtbare Spur der Verlesung der Verpackung nicht beizukommen ist.

+ [Bon der Straßenbahn] Die Leitungsbahnen der Straßenbahnen sind jetzt auf dem letzten Theil der Strecke, vom Neustädtischen Markt bis zum Bahnhof, gezeigt und verlängert worden. Gegenwärtig ist man damit beschäftigt, an denjenigen Stellen der Strecke Breitestraße-Stadtbahnhof, an welchen die Telephondrähte die Straßenbahnen kreuzen, die Leitungsbahnen mit einer stromlosen Belieferung zu versehen. Da die Witterung z. B. meistens noch ist, geht diese Arbeit auch nicht besonders schnell von Statten. Es ist also unbestimmt, wann die elektrische Bahn in Betrieb gesetzt wird. Für die Landespolizei ist eine Abnahme am 31. Januar jetzt bestimmt worden. (Bergl., die heutige Anzeige der Polizei-Bewaltung.) Finden sich aber bei der Abnahme Wängel an der Bahn vor, so muß man auch dann noch eine zeitlang auf die Eröffnung warten. Hoffentlich geht aber alles glatt von Statten.

N [Eine Petition] an die Königliche Eisenbahndirektion in Bromberg ist hier zur Unterschrift in Umlauf gesetzt. Sie wünscht die Aenderung der zum Besuch des Sohlabades Nowrażlaw auszuwendigen Eisenbahn-Monatskarten, die bisher vom 1. des Monats bis zum nächsten ersten Mittwoch haben. Die Petenten wünschen, daß die Monatskarten jedesmal vom 15. bis 15. ausgetauscht würden, da die Bade-

schimpfman sie "freilich", "Vorsicht der Sozialdemokratie") Sehr richtig!) Redner gibt hierzu einige Beispiele aus Elbing-Marienburg und Delitzsch-Wittenfeld, wo er bei den letzten Wahlen kandidierte, und berichtet dann auch die Vorgänge im Wahlkreise Thorn-Gulm-Briesen. Die erste Notwendigkeit sei immer das Zusammenhalten innerhalb der Partei, aber unter besonderen Umständen lasse sich auch wohl der Gedanke des Zusammengehens aller liberalen Richtungen verwirklichen. Es müsse vermieden werden, daß sich mehr linke stehende von der Partei zurückziehen, der linke Flügel der Partei, müsse überhaupt überall mehr hervortreten, von der Parteileitung mehr berücksichtigt werden. — Die Förderung des Deutschhums müsse natürlich immer die erste Rücksicht der Nationalliberalen sein; ein Baltikum mit den Polen sei im Allgemeinen ausgeschlossen. Aber es könnte nicht verhindert werden, daß unter Umständen auch einmal Unterstützung von polnischer Seite angenommen werde. Jemandwelche Verpflichtungen den Polen gegenüber, etwa irgendwo polnische Kandidaten wählen zu helfen, seien natürlich absolut ausgeschlossen. — Unsere Provinz Westpreußen sei lange Zeit vernachlässigt worden, und es müsse daher unsere Aufgabe sein, an der Hebung unserer Provinz kräftig mitzuwirken. Der Lehrer müsse bedeutend verbessert werden, und zwar nicht nur durch Neben- und Kleinbahnen, sondern auch durch Vollbahnen; dann würden wir endlich dem Centrum unseres Vaterlandes nähergebracht werden. Die Hebung unserer Industrie in Westpreußen müssen wir nach jeder Richtung suchen. Ferner ist ein möglichst freier Lehrer mit Russland eine Lebensfrage für unseren Osten; Westpreußen ist eine Rückenprovinz und ein Theil von Russland unser Binnenland. Wenn wir aber eine chinesische Mauer von Memel bis Thorn ziehen und dann noch schlechte Eisenbahnverbindung mit dem Centrum des deutschen Reiches haben, dann müssen wir ja verloren gehen. Unsere Volks- und Fortbildungsschulen müssen wir mit allen Kräften zu heben suchen; es liegt darin auch zugleich ein Mittel zum Ausgleich zwischen Deutschen und Polen. Möglichst viel Schulen und gute Bevölkung der Lehrer, das muß unsere Basis sein. Die diesmalige nationalliberale Vertrauensmänner-Versammlung sei so zahlreich besucht, wie dies selten in unserer Provinz der Fall war; höchstlich sei das ein gutes Vorzeichen für die nationalliberale Organisation und die Zukunft der Partei in unserer Provinz. (Beifall.)

? [Beschädigung zum Physikat.] Im Jahre 1898 haben nach abgelegter Prüfung das Fähigkeitszeugnis zur Verwaltung einer Physikatsschule erhalten: Dr. Wilhelm Grumann in Riegenburg; Dr. Ernst Dörschlag in Argenau; Dr. Johannes Baldow in Dt. Krone; Dr. August Hochmann in Marienburg.

: [Die Ferien für die höheren Lehranstalten der Provinz Westpreußen sind für das Jahr 1899 wie folgt festgesetzt: Ostern 25. März bis 11. April, Pfingsten 19. Mai bis 25. Mai, Sommer 1. Juli bis 1. August, Michaelis 30. September bis 17. Oktober, Weihnachten 23. Dezember bis 9. Januar 1900. Die angegebenen Tage sind die letzten bzw. ersten Schultage.

○ [Für den Transport russischen Getreides nach Königsberg und Danzig] von einer Anzahl Stationen der russischen Südwestbahnen und der Weichselbahn hat die russische Regierung direkte Tarife festgesetzt, die am 1. Februar in Kraft treten sollen.

/ [Verband ostdeutscher Industrieller.] Der Vorstand hielt am Sonnabend in Danzig eine Sitzung ab, an welcher auch Herr Oberpräsident v. Götsch teilnahm. In der Sitzung wurde der Haushaltplan des Verbandes für das Staatsjahr 1899, sowie die Bedingungen für die Anstellung eines ständigen Sekretärs festgesetzt. Es ist für diesen Posten ein Herr in Aussicht genommen, welcher bisher die Geschäfte eines ähnlichen großen westdeutschen Verbandes geführt hat. Es wurde jedoch beschlossen, den Staatsbehörden von der Konstitution des Verbandes Mittheilung zu machen.

□ [Domänen-Verpachtung.] Die dem Abgeordnetenhaus zugegangene Nachweisung über die Ergebnisse der anderweitigen Verpachtung der im Jahre 1898 pachtlos gewordenen Domänen-Bauwerke ergibt, daß, während der frühere etatsmäßige Pachtzins auf den Hectar 37,75 Mk. betrug, bei der Neuverpachtung ein Pachtzins von 29,60 Mk. auf den Hectar, mithin 8,15 Mk. weniger erzielt sind. In der Provinz Westpreußen sind für das Jahr 1899 wie folgt festgesetzt: Ostern 25. März bis 11. April, Pfingsten 19. Mai bis 25. Mai, Sommer 1. Juli bis 1. August, Michaelis 30. September bis 17. Oktober, Weihnachten 23. Dezember bis 9. Januar 1900. Die angegebenen Tage sind die letzten bzw. ersten Schultage.

○ [Domänen-Verpachtung.] Die dem Abgeordnetenhaus zugegangene Nachweisung über die Ergebnisse der anderweitigen Verpachtung der im Jahre 1898 pachtlos gewordenen Domänen-Bauwerke ergibt, daß, während der frühere etatsmäßige Pachtzins auf den Hectar 37,75 Mk. betrug, bei der Neuverpachtung ein Pachtzins von 29,60 Mk. auf den Hectar, mithin 8,15 Mk. weniger erzielt sind. In der Provinz Westpreußen sind für das Jahr 1899 wie folgt festgesetzt: Ostern 25. März bis 11. April, Pfingsten 19. Mai bis 25. Mai, Sommer 1. Juli bis 1. August, Michaelis 30. September bis 17. Oktober, Weihnachten 23. Dezember bis 9. Januar 1900. Die angegebenen Tage sind die letzten bzw. ersten Schultage.

D [Der östliche Kreisvorstand des deutschen Werkmeisterverbandes] hielt am 15. Januar in Eisenach ab. Es waren die Städte Bromberg, Posen, Dirschau, Danzig, Thorn, Nowrażlaw und Graudenz vertreten. Aus der Wahl ging Herr Güttens-Danzig als Delegierter und Herr Weiß-Torhönen als Stellvertreter hervor. Bei dieser Gelegenheit wurde auch bekannt gegeben, daß das Vermögen des deutschen Werkmeister-Verbandes, welcher seinen Sitz in Düsseldorf hat, 1.900.000 Mk. weniger.

— [Für Postspade nach Rußland] ist bisher die Verwendung von Kisten oder einer Leinen- oder Wachsleinwand-Umhüllung gefordert worden. Im eigenen Interesse der Besucher empfehlen sich diese Verpackungsarten, indem werden sie nicht mehr unbedingt verlangt; es kann auch Pappe oder starkes Papier als Umhüllung benutzt werden, sofern die Verpackung der Dauer der Förderung entspricht, der Inhalt vor Beschädigung hinreichend geschützt und ihm ohne sichtbare Spur der Verlesung der Verpackung nicht beizukommen ist.

+ [Bon der Straßenbahn] Die Leitungsbahnen der Straßenbahnen sind jetzt auf dem letzten Theil der Strecke, vom Neustädtischen Markt bis zum Bahnhof, gezeigt und verlängert worden. Gegenwärtig ist man damit beschäftigt, an denjenigen Stellen der Strecke Breitestraße-Stadtbahnhof, an welchen die Telephondrähte die Straßenbahnen kreuzen, die Leitungsbahnen mit einer stromlosen Belieferung zu versehen. Da die Witterung z. B. meistens noch ist, geht diese Arbeit auch nicht besonders schnell von Statten. Es ist also unbestimmt, wann die elektrische Bahn in Betrieb gesetzt wird. Für die Landespolizei ist eine Abnahme am 31. Januar jetzt bestimmt worden. (Bergl., die heutige Anzeige der Polizei-Bewaltung.) Finden sich aber bei der Abnahme Wängel an der Bahn vor, so muß man auch dann noch eine zeitlang auf die Eröffnung warten. Hoffentlich geht aber alles glatt von Statten.

N [Eine Petition] an die Königliche Eisenbahndirektion in Bromberg ist hier zur Unterschrift in Umlauf gesetzt. Sie wünscht die Aenderung der zum Besuch des Sohlabades Nowrażlaw auszuwendigen Eisenbahn-Monatskarten, die bisher vom 1. des Monats bis zum nächsten ersten Mittwoch haben. Die Petenten wünschen, daß die Monatskarten jedesmal vom 15. bis 15. ausgetauscht würden, da die Bade-

saison am 15. Mai beginnt und am 15. September endet. Dem Publikum würde eine Monatsausgabe erwartet werden.

+ [Bon der Weitseite.] Wasserstand heute Mittag 1,18 Meter über Null; steigt noch.

r Modet, 18. Januar. Die Besitzer kannen hiesigen Elektrizitätshaus haben ihr Gartengrundstück Wilhelmstraße Nr. 24 gestern für den Preis von 12.550 Mk. an den Fleischermeister Schäfer aus freier Hand verkauft.

Culmsee, 16. Januar. Zwei selbstständige und eine Anzahl junger Kaufleute haben gestern einen Kreisverband "Borussia" gegründet und sich dem Verbande deutscher Handlungsgesellschaften in Leipzig angeschlossen. Zum Vertrauensmann bzw. zu dessen Stellvertreter wurden die Herren P. Haberer und Springer gewählt. Außer diesem Verband besteht hier noch der kaufmännische Verein "Merkur".

Bermischtes.

Dem Prälaten Kneipp wird schon in allerhöchster Zeit in Wörishofen ein Denkmal gesetzt. Nachdem die Mittel für dieses Denkmal von den Kurgästen im vergangenen Sommer und in dieser Winteraison aufgebracht wurden, sond die Grundsteinlegung des dem Bildhauer Seebold in Rom zur Ausführung übertragenen Werkes in Gegenwart der gesamten Kurgäste statt. Die Enthüllung wird im Sommer erfolgen. Unter den zur Zeit zahlreich anwesenden Kurgästen befindet sich auch der Preger Erzbischof, Kardinal Graf Schönborn.

Ein Pistolenduell stand auf dem Gute Lärz bei Lemberg in Galizien zwischen dem Grafen Pötsch und seinem Oberförster statt. Letzterer soll getötet worden und der Graf sofort nach Frankreich abgereist sein. Man glaubt, daß eine Frau die Ursache des Zweikampfes gewesen sei.

Der Grenadier Hoffmann vom Elisabeth-Regiment in Berlin, der jüngst auf Posen am Tegeler Pulvermagazin durch einen Revolverschuß verletzt wurde und trotz seiner Verwundung auf seinen Angreifer Feuer gab, ist in Anerkennung seiner bewiesenen Pflichttreue zum Gesetzten ernannt.

Ein Liebesdrama hat sich in einem Hause der Rothenburger Straße zu Berlin abgespielt. Ein 67-jähriger Vater erschoss aus Eifersucht seine Geliebte, die 47 Jahre alte Frau eines Kutschers L., und dann sich selbst.

Der frühere Abgeordnete der demokratischen Partei Schriftsteller Dr. Weiß ist im 77. Jahre in Frankfurt a. M. gestorben.

In Würtemberg hat die Königin bei Alpirsbach das ganze Thal überflutet. Der Schaden ist bedeutend. Der Neckar hat gleichfalls Hochwasser.

Der fröhliche Abgeordnete der demokratischen Partei Schriftsteller Dr. Weiß ist im 77. Jahre in Frankfurt a. M. gestorben.

In Würtemberg hat die Königin bei Alpirsbach das ganze Thal überflutet. Der Schaden ist bedeutend. Der Neckar hat gleichfalls Hochwasser.

Der fröhliche Abgeordnete der demokratischen Partei Schriftsteller Dr. Weiß ist im 77. Jahre in Frankfurt a. M. gestorben.

Die frühere Abgeordnete der demokratischen Partei Schriftsteller Dr. Weiß ist im 77. Jahre in Frankfurt a. M. gestorben.

Ein Bazar ist in Immendorf (Rheinpfalz) die 83-jährige Witwe des Maurers Dilly. Die Schwiegertochter wurde verhaftet.

Die Polizei verhaftete in Köln am Sonnabend den Menschen, der Schuhknüdel durch Stiche mit einem spitzen Instrument schwer verletzte. Die Verhaftung erfolgte, als der Unhold gerade einem Kind nachstieß, das flüchtend durch lautes Hohlrufen einen Schutzmantel auf den Verbrecher aufzusammeln schaute.



Heute früh erlöste Gott von langen schweren Leiden unser liebes Söhnen

Max

im Alter von 2 Jahren.
Dieses zeigen tiefbetrübt an
Thorn, den 18. Januar 1899.

Kaun und Frau
geb. Weick.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870

19. August 1897 hat der Herr Minister für Handel und Gewerbe durch Erlass vom 20. November 1898 genehmigt, daß der Bezirk der Handelskammer zu Thorn auf die Kreise Briesen, Culm, Löbau und Strasburg ausgedehnt werde. Für die hinzutretenden Kreise sind 8 Mitglieder zu wählen, und zwar soll jeder der neuen Kreise einen Wahlbezirk bilden und 2 Mitglieder wählen. Für die Wahlen werden die Wahlberechtigten der einzelnen Wahlbezirke unter Grundlegung des Ergebnisses ihrer Verantragung zur Gewerbesteuer in zwei Abtheilungen getheilt, deren jede ein Mitglied wählt. Als Wahlorte werden die Kreisstädte Briesen, Culm, Neumarkt und Strasburg festgesetzt. In dem Wahlbezirk Briesen sollen auch diejenigen Wahlberechtigten des Kreises Briesen wählen, die bisher schon der Handelskammer für Kreis Thorn angehört haben.

Der Wahltermin wird später bekannt gemacht werden. Die Listen der Wahlberechtigten für die einzelnen Wahlbezirke liegen vom 17. bis einschl. 23. Januar auf den Landratshäusern der genannten Kreisstädte aus. Einwendungen gegen die Listen sind innerhalb einer Woche nach beendetem Auslegung bei der Handelskammer für Kreis Thorn anzubringen.

Thorn, den 9. Januar 1899.

Die Handelskammer für Kreis Thorn.
Herrn Schwartz jun.

Bei folge Verfügung vom 14. Januar 1899 ist an demselben Tage die in Thorn errichtete Zweigniederlassung der in Alexandrowo bestehenden Hauptniederlassung des Kaufmanns Kasimir Schremmer in Alexandrowo unter der Firma der Hauptniederlassung

K. Schremmer & Co.
in das diesseitige Handel (Firmen) Register unter Nr. 1024 eingetragen.

Thorn, den 14. Januar 1899.

Röntgliche Amtsgericht.

Nebst das Vermögen des Kaufmanns Max Marcus zu Thorn ist

am 18. Januar 1899,

Mittags 12 Uhr 15 Minuten

das Konkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Kaufmann Paul Engler in Thorn.

Offener Arrest mit Anzeigenzeit bis 11. Februar 1899.

Anmeldefrist

bis zum 25. Februar 1899.

Erste Gläubigerversammlung

am 11. Februar 1899,

Mittags 10 Uhr

Terminzimmer Nr. 7 des hiesigen Amts-

gerichts und

allgemeiner Prüfungstermin

am 11. März 1899,

Mittags 10 Uhr

dasselbst.

Thorn, den 18. Januar 1899.

Wierzbowski,

Gerichtsschreiber des Königlichen

Amtsgerichts. Abteilung 5

Freitag, den 20. Januar er.,

Mittags 10 1/2 Uhr

sollen auf dem Hofe des Herrn Spe-

chteurs R. Asch, Brückenstraße, tol-

gende nicht abgenommene, Gegenstände

öffentlicht meistbietend gegen baare Be-

zahlung verkaufen werden:

1 Kleiderspind, 1 Wäschespind,

1 Küchenespind, Kleider, Wäsche

Unterbett, Küchen-Geschirr,

Zimmermanns-Handwerkzeug,

Regulator, Spiegel, 4 Rohr-

stühle re. (jämmerlich gebraucht.)

Güterabfertigungsstelle.

Ein noch gut erhaltenes franz.

Billard

sieht zum Verkauf.

Franz Wiese, Friedrichstr. 6.

Sämtliche Biere

der
Brauerei Englisch-Brunnen
gebe von heute außer in Gebinden und Flaschen auch in
Globus-Selbstschänker

anerkannt richtiger und einfacher Bier-Siphon.
Besondere Vorzüge dieses Globus-Selbstschänker sind: Reinigung in bisher unerreicht leichter Weise, vollkommen und sicher. Jedes Glas Bier so schmaßhaft, wie das beste frisch vom Fass. Innengesäß von durchaus indifferentem Glase, keine Metalltheile. Außengesäß von echtem Reinigkeitsmittel; kein Briteinschliff. Dauernd sicherer Luftabschluß; Versagen der Kohlensäure ausgeschlossen. Ohne Hahnenschlüssel ist der Selbstschänker Unberufenen gesperrt.

Lieferung v. stets vollen 5 Litern frei ins Haus:

Helles Bayrisch Lager-Bier (Märzen-Bier)	Mr. 1,75.
Dunkel (Münchener Art)	" 1,75.
Bohmisch Lager-Bier (Pilsener Art)	2,00.
Export-Bier (Nürnberger Art)	2,00.

Zweigniederlassung der
Brauerei Englisch-Brunnen
Culmerstrasse 9.
Telephon Nr. 123.

Bekanntmachung.

Folgende Postsendungen lagern bei der hiesigen Ober-Postdirektion als unbekanntbar.

Gegenstand.	Name des Empfängers.	Bestimmungs-Ort	Geldbetrag M. Pf.	Ort und Zeit der Einlieferung.
Einschreibbrief	Madame Wolikorska	Dresden	— —	Thorn 1 am 17. 9. 98.
Postanweisung	Nr. 2145	Culm	— 20	Culm am 23. 5. 98.
Brief	B. Kolocznik	Berlin	3 —	Ottoschön am 7. 9. 98.
Packet	Prehn	Schöneberg	3 —	Graudenz am 6. 9. 98.
		bei Berlin	— —	
		Altona	— —	28. 9. 98.

Die Absender der genannten Sendungen werden hierdurch aufgefordert, sich innerhalb 4 Wochen vom Tage des Erscheinen dieser Bekanntmachung ab zur Empfangnahme der Sendungen zu melden, widrigsfalls nach Ablauf der gedachten Frist über die bezeichneten Sendungen bezw. Geldbeträge zum Besten der Postunterstützungskasse verfügt werden wird.

Danzig, den 12. Januar 1899.

Kaiserliche Ober-Post-Direktion.
Kriesche.

Bekanntmachung.

Jurückstellung Militärpflichtiger von der Einziehung zum Militärdienste

Anspruch auf Zurückstellung haben:

1. Die einzigen Ennäres hilfloser Familien, erwachsenen minderjährigen Eltern, Großeltern und Geschwister;

2. der Sohn eines zur Arbeit und Aufsicht unsfähigen Grundbesitzers, Pächters oder Gewerbetreibenden, wenn dieser Sohn diesen einige und unentbehrliche Stütze zur wirtschaftlichen Erhaltung des Besitzes, der Pachtung oder des Gewerbes ist;

3. der nächstälteste Bruder eines vor dem Feinde geflohenen, oder an den erhaltenen Wunden gestorbenen, oder in Folge derselben erwerbsunfähig gewordenen oder im Kriege an Krankheit gestorbenen Soldaten, sofern durch die Zurückstellung des Angehörigen des letzteren eine wesentliche Erleichterung gewährt werden kann;

4. Militärpflichtige, welche der Besitz oder die Pachtung von Grundstücken durch Erbschaft oder Vermächtnis zugesallen, sofern ihr Lebensunterhalt auf deren Bewirtschaftung angewiesen und die wirtschaftliche Erhaltung des Besitzes oder der Pachtung auf andere Weise nicht zu ermöglichen ist;

5. Inhaber von Fabriken und anderen gewerblichen Anlagen, in welchen mehrere Arbeiter beschäftigt sind, sofern der Betrieb ihm erst innerhalb des dem Militärpflichtjahr vorangegangen Jahres durch Erbschaft oder Vermächtnis zugesallen, sofern ihr Lebensunterhalt auf deren Bewirtschaftung angewiesen und die wirtschaftliche Erhaltung auf andere Weise nicht möglich ist.

Auf Inhaber von Handelshäusern entsprechenden Umfangs findet diese Bestimmung sinngemäße Anwendung.

Durch Verheirathung eines Militärpflichtigen können Ansprüche auf Zurückstellung nicht begründet werden.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Geschwister der Reklamanten begründet werden, so müssen sich diese Angehörigen der Erbschaft-Kommission persönlich vorstellen, oder aber, falls die Erbschaft nicht möglich ist, die Erbschafts- oder Arbeitsunfähigkeit durch Zeugnisse des Kreisphysikus, die den Reklamationen beizufügen sind, nachzuweisen.

Reklamationen müssen spätestens bis zum 1. Februar d. J. dem Königlichen Herrn Landräth eingebracht werden. Soll die Reklamation durch Erwerbsunfähigkeit der Eltern und Gesch